2021.SR.000198

Postulat Eva Gammenthaler (AL) – übernommen durch Raffael Joggi (AL): Überwindung des Kapitalismus: Fundierte Analyse des städtischen Handlungsspielraums

In der Stadtratssitzung vom 16. Mai 2024 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Wie aus seiner Antwort auf eine Interpellation der AL11 hervorgeht, ist der Gemeinderat weder gewillt, noch besitzt er den nötigen Mut, über den Tellerrand hinauszublicken und ernsthaft über die Überwindung des Kapitalismus nachzudenken. Die systemische Frage ist die elementarste in der Politik. Dieser weicht der Gesamtgemeinderat jedoch aus.
Seinen Unwillen drückt er aus, indem er postuliert, dass es nicht die Aufgabe eines links-grünen Gemeinderats sei, eine Massnahme (die Überwindung des Kapitalismus) aus einem Parteiprogramm umzusetzen, dass er seinen Handlungsspielraum wahrnehme und keinen zusätzlichen Handlungsbedarf sehe. Dabei ist anzumerken, dass es sich nicht um irgendein Parteiprogramm handelt, sondern um eines, dem die grosse Mehrheit der Gemeinderät*innen zustimmen müsste. Die einen, weil Sie deren Forderungen explizit teilen und die anderen, weil sie sich in der Öffentlichkeit gerne als Angehörige der linksten Partei inszenieren.
Fakt ist: Die Überwindung des Kapitalismus ist eine zentrale Forderung jeder progressiven politischen Kraft. In der Antwort auf die Interpellation werden Widersprüche sichtbar: zuerst wird von der Gestaltung der liberalen Wirtschaftsordnung gesprochen und dann werden Handlungsfelder bezüglich Wohn-baupolitik, Einbezug der Bevölkerung und Service Public angesprochen, die den Grundpfeilern des Liberalismus widersprechen. Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, dass die Stossrichtung dieser Handlungsfelder abzulehnen sei, aber sie beweist, dass sich der Gemeinderat der Problematiken des Kapitalismus sehr wohl bewusst ist und zaghaft daran arbeitet, dessen negativen Auswirkungen zu begrenzen. Das heisst, der Gemeinderat gestaltet nicht, sondern versucht einzudämmen.
Es stellt sich an dieser Stelle also die drängende Frage, weshalb er die Gelegenheit nicht genutzt hat, ernsthaft über die Überwindung des Kapitalismus nachzudenken und den Mut aufzubringen den eigenen Worten Taten folgen zu lassen. Also tatsächlich etwas zu gestalten. Die Mehrheitsverhältnisse in der Stadt Bern erlauben es endlich, die Forderung nach der Überwindung des Kapitalismus auf kommunaler Ebene zu überprüfen und anzugehen.

Vor diesem Hintergrund wird der Gemeinderat aufgefordert, Folgendes zu prüfen:
Wie kann die Wirtschaft so weit demokratisiert werden, dass der Kapitalismus letztlich überwunden wird?
Welche weiteren Möglichkeiten bestehen, den Kapitalismus zu überwinden, falls der Kapitalismus durch die Demokratisierung der Wirtschaft alleine nicht überwunden werden kann?
Welche Umsetzungs- und Handlungsmöglichkeiten zur Überwindung des Kapitalismus und/oder der Demokratisierung der Wirtschaft gibt es auf städtischer Ebene?

Begründung der Dringlichkeit
Das Wirtschaftssystem wie es heute ist, ist nicht nachhaltig. Es basiert mehrheitlich auf dem Verbrauch von begrenzten Ressourcen, welche in einem linearen Sinne abgebaut, produziert, konsumiert und dann weggeworfen werden. Das derzeitige Wirtschaftssystem trägt erheblich zum Klimawandel bei.
Das Wirtschaftssystem wie es heute ist, ist nicht fair. Ein kleiner Prozentsatz der Bevölkerung kontrolliert einen Grossteil des globalen Reichtums, während ein grosser Teil in Armut lebt.

Dieser Vorstoss wurde verfasst von Klingsor Reimann
Bern, 28. Oktober 2021
Erstunterzeichnende: Eva Gammenthaler
Mitunterzeichnende: Tabea Rai, Jemima Fischer

Bericht des Gemeinderats

Der Stadtrat hat das vorliegende Postulat mit SRB 2024-206 vom 16. Mai 2024 erheblich erklärt.

Die Stadt Bern setzt sich bereits heute für sozial-ökologische Veränderungen ein. Sie hat eine Vielzahl an strategischen Steuerungsinstrumenten erarbeitet, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine nachhaltigere Entwicklung ermöglichen und die negativen Konsequenzen des kapitalistischen Systems flankieren.

Übersicht über eine Auswahl an Steuerungsinstrumenten mit sozial-ökologische Zielen

Sozial	Ökologisch	Ökonomisch
Strategie zur Förderung der berufli-chen und sozialen Integration in der Stadt Bern 2022–2025	Energie- und Klimastrategie 2035	Stadtentwicklungskonzept Bern (STEK 2016)
Strategie «Wohnstadt der Vielfalt»	Klimareglement	Strategie «Zukunft Werkplatz Bern»
Reglement über die Boden- und Wohnbaupolitik	Rahmenplan Stadtklima	
Reglement über die Aufgaben der Stadt im Bereich Alter	Berner Stadtgrünstrategie 2030	Beschaffungsrecht
	Energiestadt 2000 Watt Gesellschaft	Eignerstrategie BERNMOBIL Eignerstrategie ewb
Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung 2030		
Strategie Nachhaltige Entwicklung für städtische Immobilien		

Besonders hervorzuheben ist die Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung RAN2030, die sich an den *Sustainable Development Goals* (SDGs) der Vereinten Nationen orientiert. Als erste Deutschschweizer Stadt verfügt Bern über eine entsprechende Rahmenstrategie, die eigene Berner Nachhaltigkeitsziele (BNZ), konkrete Massnahmen zur nachhaltigen Entwicklung und zahlreiche laufende Projekte aus allen Direktionen umfasst. Die Handlungsschwerpunkte HSP 4 (ökologischer, sozialer und innovativer Wirtschaftsstandort) und HSP 6 (mehr Partizipation und Partnerschaften) gehen dabei explizit auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen ein. Die Stadt Bern setzt bereits heute eine Vielzahl an verschiedenen Massnahmen um, mit dem Bestreben, auf eine positive Entwicklung der Wirtschaftsordnung und deren Auswirkungen auf Menschen und Umwelt einzuwirken, wie die nachfolgende Tabelle darlegt.

Übersicht Auswahl bisheriger Massnahmen

Name	Beschreibung	BNZ
Anschlussprogramme	Unterstützung für prekär lebende Personen (z. B. Gassenküche, Sonntagsabend-Znacht, Treffpunkte, Pinto).	–
Arbeitsintegration	Integrationsangebote für Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene, Sozialhilfebeziehende, Menschen mit Behinderungen; «Charta für Arbeitsintegration».	BNZ 1.1, BNZ 8.1, BNZ 10.1
Armutsbekämpfung	Unterstützung über kantonale Vorgaben hinaus (Betreuungsgutscheine, Sozialhilfe, Hilfe bei Obdachlosigkeit und Sucht).	BNZ 1.1 BNZ 4.1
Förderung des chancengerechten Zugangs zu Bildung	Modell «frühe Hilfen» für vulnerable Familien mit Fokus auf Spracherwerb von Kindern und Eltern zur Chancengleichheit bei Schuleintritt.	BNZ 4.2
Förderung einer sozialverantwortlichen und ressourcenschonenden Wirtschaft	Anpassung von Leistungsvereinbarungen, Projekte wie Jobtimal/Job Caddie, Klimaplattform-Events zur Förderung nachhaltiger Wirtschaft.	BNZ 8.3 BNZ 12.2
Förderung von nachhaltigem Konsum und Stärkung der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung	Nachhaltige öffentliche Beschaffung, Leitbild und Plattform «ChoufFair» für Wissensaustausch.	BNZ 12.1
Gemeinschaftsförderung in den Quartieren	Betrieb von Quartierzentren und Plattform Nachbarschaft Bern durch VBG, finanzielle Förderung von Projekten.	BNZ 114
Klimaschutz und Klimaanpassung	Reduktion von Treibhausgasemissionen seit 2008 zur Einhaltung des städtischen Klimareglements.	BNZ 13.1 BNZ 13.2
Kreislaufwirtschaft	Masterplan, Pilotprojekte, Förderung kreislauffähiger Bauformen; Kooperation mit Wirtschaft und Wissenschaft.	BNZ 8.3 BNZ 9.1 BNZ 9.3 BNZ 9.4
Mietverträge für günstigen Wohnraum (GüWR)	Ziel von 1000 sozialen Mietverträgen mit speziellen Vergabekriterien für günstigen Wohnraum.	BNZ 11.2
Nachhaltige Stadtfinanzen	Finanzplanung nach RAN2030-Kriterien; jede neue Ausgabe wird auf Nachhaltigkeitsbezug geprüft.	BNZ 11.6
Stadt der Beteiligung	Beteiligung über Wahlen hinaus: Jugend-/Kinderparlament, Elternräte, Seniorenrat, Partizipationsmotion, Mitgestaltung im Quartier.	BNZ 16.2
Vermeidung von Abfällen, Förderung der Wiederverwertung	Dichtes Netz an Sammelstellen, Entsorgungshöfe, Sensibilisierung zur Abfallvermeidung und Wiederverwendung.	BNZ 12.3

Quellenhinweis: BNZ bedeutet Berner Nachhaltigkeitsziel; die Ziffern referenzieren auf die Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung der Stadt Bern 2021–2030 vom Juni 2021.

Diese Massnahmen führen jedoch nicht zur grundlegenden Überwindung des Kapitalismus. Die Massnahmen fördern zwar die soziale Integration und ressourcenschonendes Wirtschaften, greifen jedoch nicht grundlegend in die Grundstrukturen von Eigentum und Marktmechanismen ein. Dies liegt zum einen am eingeschränkten Handlungsspielraum der Stadt Bern: Als Gemeinde ist sie durch rechtliche Vorgaben, finanzielle Begrenzungen und Abhängigkeiten von kantonalen oder nationalen Rahmenbedingungen stark limitiert. Zum anderen ist die Komplexität des vorherrschenden Wirtschaftssystems eine wesentliche Rahmenbedingung. So ist das aktuelle System durch eine Vielzahl global vernetzter Akteure geprägt, die in einem komplexen Geflecht von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen agieren. Die Stadt Bern kann allein nicht alle Einflussfaktoren steuern, da für eine tiefgreifende Transformation koordinierte Massnahmen auf mehreren Ebenen nötig wären.

Für den vorliegenden Prüfungsbericht wurden laufende und geplante Arbeiten der Stadtverwaltung unter Mithilfe eines externen Dienstleisters (Conseil3) analysiert sowie die Bedürfnisse und Ideen von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und aus der lokalen Wirtschaft durch zwei partizipative Workshops gesammelt. In einem ersten Workshop (27. Januar 2025) brachten Vertreter*innen der Zivilgesellschaft – darunter engagierte Bürger*innen, Vertreter*innen von NGOs und aus der Wissenschaft – ihre Ideen und Visionen für eine nachhaltigere und sozial gerechtere Wirtschaftsordnung in der Stadt Bern ein. Der zweite Workshop (23. Februar 2025) mit Vertreter*innen von lokalen Unternehmen wurde in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverein durchführt. Dabei wurden Ansätze

diskutiert, wie wirtschaftliches Handeln demokratischer, sozialverträglicher und ökologisch nachhaltiger gestaltet werden kann.

Im Rahmen der Workshops wurden von den Teilnehmenden Handlungsmöglichkeiten eingebracht, die eine sozialökologische Transformation des Wirtschaftssystems in der Stadt Bern begünstigen könnten. Besprochen wurden beispielsweise Massnahmen im Bereich gemeinschaftlicher Eigentums- und Wohnmodelle (beispielsweise durch eine aktive Beteiligung an Genossenschaften). Damit würden alternative Formen des Eigentums gestärkt und eine gerechtere Wohnraumpolitik etabliert. Anderseits wurden Massnahmen im Bereich der Partizipation thematisiert: So können Bürger*innenräte, partizipative Budgets und strukturierte Workshopformate den demokratischen Einbezug der Bevölkerung stärken und eine Basis für die Stärkung gemeinwohlorientierter Entscheidungen in Gesellschaft und Wirtschaft bilden. Als Ideen eingebrachte Stichworte waren auch die Vorbildfunktion der Stadt Bern in den Bereichen der Arbeitsintegration oder der Arbeitszeitregelungen. Schliesslich wurde vorgeschlagen, dass die Stadt Bern ihre öffentliche Beschaffung und Investitionspolitik (noch) nachhaltiger ausrichtet und in ihren eigenen Unternehmen die Orientierung am Gemeinwohl ins Zentrum setzt; dadurch würde die Stadt Bern nicht nur eine Vorbildrolle einnehmen, sondern auch zum Transformationsprozess im gesamten Wirtschaftsraum beitragen.

Zu Punkt 1
Der Kapitalismus ist nicht monolithisch, sondern besteht aus verschiedenen Strömungen und Interpretationen. Allgemein wird unter (modernem) Kapitalismus eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstanden, die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln und einer Steuerung von Produktion und Konsum über den Markt (Marktwirtschaft) beruht. Das kapitalistische System hat im globalen Norden zu wirtschaftlichem Wohlstand und stabilen Strukturen geführt, hat aber auch negative soziale und ökologische Folgen. Eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft mit dem Ziel, den Kapitalismus zu überwinden, würde tiefgreifende strukturelle Veränderungen erfordern. Zentrale wirtschaftliche Bereiche müssten dem privaten Gewinnstreben entzogen und stattdessen der Allgemeinheit unterstellt werden. Mit der Förderung von gemeinschaftlichem Eigentum, beispielsweise durch Genossenschaften, oder durch die Führung von gemeindeeigenen Unternehmen setzt die Stadt Bern bereits auf demokratische Wirtschaftsformen. In einer ganzheitlich demokratisierten Wirtschaft würde jedoch die komplette lokale Wirtschaft vergesellschaftet, und der lokale Markt wäre nicht länger unreguliert, sondern würde durch demokratische Mitsprache der Bevölkerung gelenkt. Eine Vergesellschaftung von privatgeführten Unternehmen in der Stadt Bern ist aufgrund der in der Bundesverfassung festgehaltenen Eigentumsgarantie (Artikel 26) nicht umsetzbar. Als kommunale Verwaltungseinheit agiert die Stadt Bern in einem rechtlich festgelegten System, das auf Eigentumsfreiheit, Vertragsfreiheit und Marktfreiheit basiert. Der Staat greift dabei einzig bei definiertem Marktversagen ein.

Neben dem begrenzten rechtlichen Spielraum der Stadt Bern sprechen auch finanzielle Überlegungen und Abhängigkeiten gegen eine komplette Demokratisierung der Wirtschaft mit dem Ziel, den Kapitalismus zu überwinden. So befindet sich Bern in einem komplexen Wirtschaftssystem, das durch eine Vielzahl global vernetzter Akteure geprägt und von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen beeinflusst wird. Als vernetzte Stadt, mit Verbindungen zu den direkt angrenzenden Gemeinden, aber auch mit Beziehungen und Verknüpfungen in andere Regionen der Schweiz und weltweit, kann Bern eine tiefgreifende Transformation nicht losgelöst umsetzen.

Für den Gemeinderat steht deshalb eine nachhaltige Gestaltung der Wirtschaftsordnung und deren sozial- und umweltverträgliche Ausrichtung im Sinne der *Sustainable Development Goals* (SDG) der UNO im Vordergrund.

Eine aktive Förderung der demokratischen Mitgestaltung und Teilhabe der Mitarbeitenden wird bereits heute von Unternehmen in der Stadt Bern gelebt. Durch den stärkeren Einbezug der Mitarbeitenden, beispielsweise durch genossenschaftliche Strukturen oder partizipative Organisationsformen, entwickeln verschiedene Unternehmen bereits heute den wirtschaftlichen Alltag selbstbestimmt weiter und demokratisieren die Wirtschaft dabei innerhalb der kapitalistischen Ordnung. Der Gemeinderat begrüsst die eigenverantwortliche Weiterentwicklung und Stärkung der demokratischen Mitsprache auch im wirtschaftlichen Alltag und unterstützt diese Entwicklung.

Zu Punkt 2
Die Stadt Bern hat alternative Wirtschaftsmodelle in Bezug auf eine Stärkung der sozialen Gerechtigkeit, ökologischen Nachhaltigkeit und kollektiven Teilhabe überprüft und verglichen. Das von Kate Raworth entwickelte Modell der Donut-Ökonomie setzt beispielsweise auf soziale Inklusion und betont ökologische Grenzen. So soll entsprechend des wissenschaftlichen Modells der Raum für marktfreiheitliches Wirtschaften zur Erfüllung der menschlichen Bedürfnisse einzig innerhalb von sozialen Mindeststandards (z. B. Nahrung, Gesundheit, Bildung) und den planetaren ökologischen Grenzen liegen. Die von Christian Felber entwickelte «Gemeinwohl Ökonomie» beschreibt eine wertebasierte Neuorientierung der Wirtschaft mit dem Ziel, wirtschaftliche Aktivitäten am Gemeinwohl auszurichten, damit diese zur Lösung gesellschaftlicher und ökologischer Herausforderungen beitragen. Die Modelle zielen nicht auf eine vollständige Systemumwälzung ab, sondern bieten Instrumente, um auf lokaler Ebene bestehende soziale und ökologische Missstände zu mildern. Beide Modelle verfolgen vielversprechende Ansätze, sind bisher jedoch kaum über theoretische Konzepte oder einzelne Pilotprojekte hinausgekommen.

In dieser Hinsicht nimmt der Gemeinderat seinen Handlungsspielraum bereits heute, namentlich durch die Rahmenstrategie Nachhaltige Entwicklung sowie durch verschiedene Programme und Angebote, wahr (siehe Einleitung).

Zu Punkt 3
Mit ihren zahlreichen Strategien, Reglementen und Massnahmen unternimmt die Stadt Bern viel, um den Kapitalismus zu flankieren und dessen negative Folgen zu adressieren. Im Rahmen von zwei partizipativen Workshops mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und aus der lokalen Wirtschaft wurden weitere Ideen zur sozialökologischen Weiterentwicklung des Kapitalismus bzw. dessen Flankierung diskutiert. Die Förderung von Partizipation wurde dabei als zentrales Anliegen identifiziert (siehe auch Einleitung zum Prüfungsbericht). Der Gemeinderat teilt dieses Anliegen und strebt an, eine Stadt der Mitwirkung zu werden. Bereits heute hat die Berner Bevölkerung Möglichkeiten, am politischen Leben teilzunehmen, die weit über die Beteiligung an städtischen Wahlen und Abstimmungen hinausgehen. Dazu gehören das Kinder- und das Jugendparlament, Elternräte an allen städtischen Schulstandorten, der Rat für Seniorinnen und Senioren sowie die Partizipationsmotion für Ausländer*innen. Zur Stärkung der Partizipation in der Stadt Bern werden zurzeit längerfristige Massnahmen im Rahmen des Reformprojekts mit den Quartierorganisationen geprüft, um Mitsprache und lokale Mitgestaltung zu stärken. Zur Prüfung stehen auch weitere Ideen wie die Stärkung lokaler Märkte und Begegnungsorte, partizipative Budgets, Bürger*innenräte oder andere Formen der lokalen Teilhabe.

Das Anliegen nach einer suffizienteren Lebensweise wird vom Gemeinderat ebenfalls geteilt. Die Stadt Bern prüft laufend, wie sie in eigenen Projekten neue Materialen einsetzen und Ressourcen nachhaltig nutzen kann. Sie hat im Rahmen des Masterplans Kreislaufwirtschaft mehrere Pilotprojekte in diesem Bereich umgesetzt. Auch im Baubereich sollen kreislauffähige Wirtschaftsformen gefördert werden, und mit der Allianz Kreislaufwirtschaft werden Wirtschaft und Wissenschaft zur Förderung von Innovation und Nachhaltigkeit im Bereich Kreislaufwirtschaft vernetzt. Durch Anreizsysteme für die Wiederverwendung von Produkten und Materialien, sowie zur Sensibilisierung

für eine nachhaltige und ressourcenschonende Lebensweise möchte der Gemeinderat auch in diesem Themenfeld weiter aktiv werden.

Ein weiteres Anliegen, das der Gemeinderat weiterverfolgen will, ist die Förderung von sozialem Unternehmertum. Bereits heute fördert die Stadt Bern die sozialverantwortliche und ressourcenschonende Wirtschaft durch Projekte wie Jobtimal oder Anlässe wie der Klimaplattform. Im «Leitbild Nachhaltige Beschaffung in der Stadtverwaltung» sind zudem Grundsätze zur nachhaltigen Beschaffung festgehalten, und durch die Plattform «ChoufFair» wird der Wissensaustausch der Fachbereiche innerhalb der Verwaltung gestärkt. Mit der Schaffung einer Informations- und Netzwerkplattform für soziales Unternehmertum könnten Unternehmen in Gründung, aber auch bestehende Unternehmen Informationen zu nachhaltigem und sozialem Wirtschaften erhalten und sich austauschen. Von der Gründung, über Transformationsprozesse bis hin zur Nachfolgeregelung stehen Unternehmen vor grossen Herausforderungen. Durch eine Informations- und Netzwerkplattform für soziales Unternehmertum könnten Unternehmen bei der sozialen und gemeinwohlorientierten Transformation unterstützt werden.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Keine

Bern, 14. Mai 2025

Der Gemeinderat